

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.
SPD



» VOR 90 JAHREN

Das Rote Nürnberg wehrt sich

» AUS DEM BUNDESTAG

Wir stellen Deutschland global neu auf



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

seit Mitte Januar nimmt die politische Arbeit in unseren Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen wieder Fahrt auf. Es stehen nun die Jahreshauptversammlungen vor Ort an. Auch im Vorstand der Nürnberger SPD hat die Arbeit wieder begonnen. Mit einer erfolgreichen Vorstandsklausur haben wir uns auf das neue Jahr eingestimmt.

Unser Blick ist voll und ganz auf Bayern und den Bezirk gerichtet. Es steht eine Landtagswahl ins Haus, bei der es für die Menschen um vieles geht. Bei den Klausuren der Landtagsfraktionen ist klar geworden: die derzeit regierende Koalition in Bayern redet viel und handelt wenig. Wer mehr bezahlbaren Wohnraum, ein gerechtes Bildungssystem sowie bezahlbare und saubere Energie haben will, muss die SPD wählen. In diesem Sinne bereiten wir auch in Nürnberg einen engagierten und modernen Wahlkampf vor.

Persönlich hat sich für mich nun auch etwas verändert: ich wurde vom Landesvorstand zum Vize-Generalsekretär gewählt. Dies ist mir eine große Ehre. Als Ehrenamtler ist das für mich eine große Herausforderung, die ich aber gerne annehme. Im Team mit Ruth Müller werde ich in der BayernSPD die Großstadt-Themen und meine Erfahrung einbringen. Klar: natürlich setze ich mich immer und überall für unsere schöne Stadt ein. Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit euch allen!

Euer

Nasser Ahmed



DAS NEUE GENERALSEKRETÄRS-TEAM DER BAYERNSPD

Foto: dpa/Matthias Balk

Es gibt große Neuigkeiten von der BayernSPD! Nachdem Arif Taşdelen seinen Rücktritt als Generalsekretär aus persönlichen Gründen erklärt hat, hat der Landesvorstand beschlossen, die vakante Funktion kommissarisch in einer Teamlösung zu besetzen.

Ab sofort bilden die niederbayerische Landtagsabgeordnete **Ruth Müller** und unser Nürnberger SPD-Vorsitzende **Nasser Ahmed** im Tandem das Team von Generalsekretärin und stellvertretendem Generalsekretär. 21 von 22 Stimmen erhielt das Duo im Vorstand. Offiziell werden die beiden im Mai auf dem Landesparteitag gewählt.

Das frischgebackene Generalsekretärs-Duo wird die Leitung der Wahlkampagne zur Landtagswahl übernehmen und in den Gliederungen und Wahlkreisen als politische Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen.

Im Team bilden beide vor allem Vielfalt ab: „Einerseits Stadt, andererseits Land, auf der einen Seite Niederbayern auf der anderen Franken, Frau und Mann, weiß und schwarz, Hobby-Wal-

kerin und auf der anderen Seite vielleicht Rennradfahrer“, beschrieb Nasser das Generalsekretärs-Duo im Rahmen einer Pressekonferenz.

Während sich Ruth vor allem um den ländlichen Raum kümmern soll, wird Nasser insbesondere für das Thema Stadtleben zuständig sein. Das passt auch gut. Denn unser Nürnberger Genosse ist und bleibt an erster Stelle Vorsitzender der SPD Nürnberg. Die Aufgabe als Generalsekretär ist jetzt als zusätzliche Herausforderung dazugekommen, lässt sich aber sehr gut mit seiner Arbeit für die SPD Nürnberg und mit seinem Stadtratsmandat verbinden. Denn im kommenden Jahr geht's auch vor Ort schwerpunktmäßig um die Landtagswahl, die wir gemeinsam rocken werden. Wir vor Ort können davon nur profitieren. Nasser kann sich so – wie es Arif immer vorbildlich tat – in der Landesspitze für Nürnberg stark machen. Denn eines ist klar: Bayern braucht Franken!

Wir gratulieren Ruth und Nasser und wünschen Ihnen viel Erfolg und jede Menge Kreativität und Optimismus für die neuen Aufgaben!



VOR 90 JAHREN: DAS ROTE NÜRNBERG WEHRT SICH

Noch am 12. Februar 1933 organisierte die Nürnberger SPD mit der Eisernen Front eine Massenkundgebung auf dem Hauptmarkt, die in der Parteipresse als „wichtiger Protest gegen das Kabinett der Reaktion, gegen Hitler“ beschrieben wurde.

von RÜDIGER LÖSTER

Am 30. Januar 1933, wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt und die Macht von den konservativen Parteien an die Nazis übergeben. Unmittelbar danach setzte die Verfolgung der Nazigegner*innen ein: insbesondere Funktionär*innen und Mitglieder von KPD und SPD waren davon betroffen.

Zunächst war die SPD Nürnberg zuversichtlich, den endgültigen Sieg der Nazis noch verhindern zu können: „Der Marsch des Faschismus ist aufgehalten, die nationalsozialistische Bewegung ist im Rückgang begriffen“ wurde im Jahresbericht 1932/33 geschrieben. Diese Zuversicht stützte sich auf die Erfahrungen der SPD mit der Verfolgung unter Bismarcks Sozialistengesetz. Doch der im Februar einsetzende Terror der Nazis war damit nicht zu vergleichen, diese Analyse erwies sich als Trugschluss.

Am Abend des 30. Januar, während die Nazis die Machtübernahme feierten, fand der jährliche Parteitag der Nürnberger Sozialdemokrat*innen statt. Dabei wurde an die Mitglieder appelliert, Ruhe und Disziplin zu bewahren und sich beim Kampf gegen den Faschismus an die Verfassung zu halten. Innerhalb der SPD bestanden starke Vorbehalte gegen die außerparlamentarische Organisation des Kampfes,

man vertraute auf „den Staat“ im Kampf gegen die NSDAP, ohne zu bemerken, dass dieser schon schrittweise von den Faschist*innen übernommen worden ist. Für einen Generalstreik gegen die Nazis oder gar einen bewaffneten Kampf gegen sie, waren weder Vorbereitungen getroffen worden, noch bestanden die organisatorischen Voraussetzungen dafür.

Am 12. Februar 1933 folgten Zehntausende dem Aufruf der Eisernen Front zu einer Kundgebung gegen die Nazis auf dem Hauptmarkt. Franz Haas, Redakteur der sozialdemokratischen „Fränkischen Tagespost“, schildert die Kundgebung: „Es handelte sich um die große Kundgebung der Eisernen Front (SPD, Reichsbanner, Sportverbände, Gewerkschaften) auf dem Hauptmarkt, wo der Reichstagsabgeordnete Schnepfenhorst zu uns sprach. Anschließend formierten wir uns zu einem Demonst-

rationsmarsch um den Ringwall der Altstadt, und unser Aufgebot war tatsächlich so groß, dass Anfang und Ende des Zuges sich berührten.“ Die letzte große Kundgebung von Reichsbanner und SPD mit 30.000 Teilnehmer*innen fand am 2. März 1933 statt.

Die Illusion eines „legalen“ Widerstandes gegen die Nazis erwies sich schnell als Täuschung. Der Terror war stärker, die Gleichschaltung aller staatlichen Stellen wurde gleich im Februar eingesetzt. Am 10. März wurde der Nürnberger Bürgermeister Treu zum Rücktritt gezwungen, am darauf folgenden Tag wurde der bereits abgesetzte Oberbürgermeister Dr. Luppe verhaftet. An der Stadtratssitzung am 27. April konnten noch 14 der 17 SPD-Stadträt*innen teilnehmen, am Ende der Sitzung wurden einige SPD-Stadträte, darunter Karl Bröger, von Nazis



verprügelt. Am 10. Juni mussten die SPD-Stadträt*innen ihre Mandate niederlegen, im Juni folgte das Verbot der SPD und alle noch freien Nürnberger SPD-Stadträt*innen wurden in „Schutzhaft“ genommen und in das KZ Dachau gebracht.

Damit hat sich die Illusion eines legalen Widerstandes gegen die Nazis in Luft aufgelöst. Es hatte vom Parteivorstand keine Versuche gegeben, die Partei auf die illegale Arbeit vorzubereiten, auch in Nürnberg hatte die SPD zunächst damit gerechnet, zumindest „halblegal“ die Parteiarbeit weiterführen zu können. Damit mussten nun unter den Bedingungen der Verfolgung neue Strukturen aufgebaut werden. Verschiedene Genoss*innen wie Hans Strobel, Ernst Walz, Johann Pröbß, Fritz Munkert und Konrad Grünbaum gingen als Kurier*inne über die tschechische Grenze, schmuggelten die im Ausland gedruckten Zeitungen „Neuer Vorwärts“ und „Sozialistische Aktion“ nach Nürnberg und organisierten die Verteilung. Aber bereits Ende 1933 erfolgten die ersten Verhaftungen, die sich 1934 fortsetzten. Allein im Loher Moos wurden 27 Sozialdemokrat*innen verhaftet. Die inhaftierten Genoss*innen wurden 1935 zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt und im Anschluss an die Verbüßung der Strafe in KZs überstellt. Insgesamt wurden in Nürnberg ca. 200 sozialdemokratische Mitglieder und Funktionär*innen zwischen 1933 und 1945 verhaftet.

Trotz dieser massiven Verfolgung und der Zerschlagung der letzten Organisationsstrukturen wurde der „Neue Vorwärts“ weiterhin von mutigen Genoss*innen wie Gunda Fuchs verteilt, doch ein systematischer Apparat für die illegale Arbeit konnte nicht mehr aufgebaut werden. Viele von ihnen bezahlten ihren tapferen Widerstand mit dem Verlust der Freiheit, KZ-Haft und - so wie u. a. Munkert und Schnepfenhorst - mit dem Leben.

Die einstige rote Hochburg Nürnberg wandelte sich zur Stadt der Nazi-Parteitage, hier wurden die „Nürnberger Rassengesetze“ verkündet und aus Nürnberg kamen die antisemitischen Hetzschriften des Julius Streicher.

Wilhelm Riepekoehl fasste die Situation zusammen: „Lange, bange Jahre der Gestapoherrschaft und der Krieg machten jede, aber auch jede illegale Arbeit unmöglich“.

Am 20. April 1945 wurde Nürnberg von amerikanischen Truppen befreit, weite Teile der Stadt waren durch den von den Nazis begonnenen Krieg zerstört worden. Überlebende Sozialdemokrat*innen packten von der ersten Stunde an beim Wiederaufbau der Stadt, beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft.



Veranstaltungshinweis der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) der SPD Nürnberg

Lesung und Gespräch mit Heike Specht:
„Die Ersten Ihrer Art - Frauen verändern die Welt“
mit Renate Schmidt, Bundesministerin a.D.

Die ASF-Nürnberg lädt ein zu einer Lesung und Diskussionsveranstaltung mit der Autorin Dr. Heike Specht und Renate Schmidt, Bundesministerin a.D.

Datum: Dienstag, den 14. Februar 2023
Zeit: 19:00 Uhr bis ca. 21:00 Uhr (Einlass ab 18:30 Uhr)
Ort: „Kapitelsaal St. Sebald“
(Sebalder Pfarrhof, Albrecht-Dürer-Platz 1, 90403 Nürnberg)

Heike Specht betrachtet in ihrem Buch „Die Ersten Ihrer Art – Frauen verändern die Welt“ die besondere Rolle von Frauen in den politischen Machtzentren der Welt. Gemeinsam mit der SPD-Politikerin und ehemaligen Bundesfamilienministerin Renate Schmidt wird sie darüber diskutieren, was in der Politik fehlt, wenn Frauen nicht mit am Verhandlungstisch sitzen und was sich verbessert, wenn sie mitentscheiden.

Anmeldung: Alle Interessierten sind herzlich willkommen, es handelt sich um eine öffentliche Veranstaltung. Der Eintritt ist frei, die Plätze jedoch leider begrenzt. Wir bitten deshalb um Anmeldung vorab unter asf@spd-nuernberg.de oder 0911-43 89 60. Wir bitten um Verständnis, das ohne Anmeldung eine Teilnahme nicht garantiert werden kann.

**„DIE ERSTEN IHRER ART
- FRAUEN VERÄNDERN DIE WELT“**

Eine Lesung und ein Gespräch
zwischen Buchautorin
Dr. Heike Specht und Renate Schmidt,
Bundesfamilienministerin a.D.

Wann: 14.02.2023,
19:00 Uhr - 21:00 Uhr

Wo: Kapitelsaal St. Sebald,
Sebalder Pfarrhof,
Albrecht-Dürer-Platz 1,
90403 Nürnberg



40 JAHRE KARL-BRÖGER-GESELLSCHAFT

BUNTE 80ER-JAHRE-PARTY –
WÜRDIGUNG DER EHEMALIGEN VORSTÄNDE

Alle anwesenden ehemaligen und aktuellen Brüger-Vorstände und das Kernteam auf einem Bild. Gemeinsam sangen wir mit dem aus der Ukraine geflohenen Sänger Gena Sumenkov „My way“. Foto: Michael Pütterich.

von MICHAEL ZIEGLER

1982 wurde die Karl-Bröger-Gesellschaft gegründet. In Nürnberg entstanden die Kulturäden und Kulturreferent Prof. Hermann Glaser forderte das „Bürgerrecht auf Kultur“ ein. Eine spannende Zeit vieler Gründungen und Initiativen, die es auch heute noch gibt und die nichts an ihrer Aktualität verloren haben.

Deshalb gingen wir „Back to the 80s“ und lieben die Gründer*innenzeit der Soziokultur und unserer Gesellschaft wieder aufleben – mit Musik, Tanz und spannenden Gästen. Unter ihnen Gründer Horst Schmidbauer. Er war und ist bis heute der Motor unseres Vereins. Und es war ihm von Anfang an klar: Wir wollen eine soziokulturelle Einrichtung sein. Wir wollen unabhängige Kulturarbeit fördern, wir fühlen uns dem Geist und Tradition der Arbeiter*innenbewegung verbunden, wir wollen vordenken, nachdenken und Anstöße geben und wir wollen das „Bürgerrecht auf Kultur“ verwirklichen helfen. Natürlich wollten wir und wollen wir bis heute eine Vorfeldorganisation für die Sozialdemokratie sein. Wir sind ein Teil der sozialdemokratischen Familie.

Zur Gründungsversammlung des damals noch nicht eingetragenen Vereins erschienen am 22.06.1981 sieben Männer. Am Ende wurde Horst Schmidbauer zum Vorsitzenden gewählt. Bruno Friedrich (Vizepräsident des Europäischen Parlaments) wurde Stellvertreter, Werner Haupt wurde zum Schatzmeister gewählt (heute ist er einer unserer Kassensprüfer) und Dr. Paul Braune zum Schriftführer. Mit dabei waren Kulturreferent Prof. Hermann Glaser, Bürgermeister Willy Pröbß und Dr. Manfred Scholz. Als offizielles Datum der Gründung der Karl-Bröger-Gesellschaft gilt aber der 26.01.1982 als der Eintrag ins Vereinsregister erfolgte und die Eröffnung des

„Karl-Bröger-Ecks“ am 18.09.1982. Das war der Startschuss für unser Engagement.

Mit großer Dankbarkeit blicken wir auf die vier Jahrzehnte zurück und auf die vielen Menschen, die sich für die Karl-Bröger-Gesellschaft engagierten. Neben Horst Schmidbauer danken wir besonders den bisherigen Vorsitzenden Dr. Paul Braune, Staatsminister a.D. Günter Gloser, Knut Engelbrecht und Ruth Zadek und den unzähligen weiteren Mitstreiter*innen. Mit großer Dankbarkeit blicken wir zurück auf euer Engagement.

Ohne ein starkes Team im Hintergrund wäre die Feier nicht denkbar. Organisator im Hintergrund war Bernd Übelmann. Und zahlreiche Helfer*innen trugen zum selbstgemachten 80er-Jahre-Buffer bei. Stellvertretend zu nennen sind Christine Birkel und Petra und Bernd Langenbacher.

Neben Talkrunden mit Horst Schmidbauer, Angelika Weikert, Paul Braune und Dr. Manfred Scholz wurde der Blick auch auf die Gegenwart gelegt und über das aktuelle Engagement in der Roten Galerie gesprochen. Zu diesem Talk war die Künstlerin Bogi Nagy gekommen, die zum Kriegsbeginn in der Ukraine ganz besondere und spontane Kunstwerke an die Wände zeichnete. Unter anderem den überlebensgroßen Selenskyj als Comic-Helden. Mit in der Runde waren die Galerie-Aktivistin Heijo Schlein (Galerist) und Vorstandsmitglied Arne Engelhardt.

Ehrengast Klaus Schamberger erinnerte mit seinen Geschichten aus den 80ern an die besondere Situation der damaligen Zeit und las aus seinen „Spezi“-Büchern. SPD-Vorsitzender Nasser Ahmed, selbst ehemaliges Vorstandsmitglied, dankte den Aktiven und Ehemaligen für ihr Engagement in den vergangenen 40 Jahren.



Eine 80er-Modenschau, für alle, die verkleidet im Style des Jahrzehnts gekommen waren, war einer der Höhepunkte des Abends.

Auch musikalisch wurde vieles geboten. Die Sängerin Felicia Peters heizte zu 80er-Songs ein, die junge Band „off brain project“ zeigte ihr Können und Gena Sumenkov aus der Ukraine begeisterte nicht nur mit „My way“, sondern auch mit modernen ukrainischen Songs. Der blinde Sänger war nach Kriegsbeginn aus Char-kiw nach Nürnberg geflohen. So entstand auch das wunderschöne Bild mit allen anwesenden ehemaligen und heutigen Brüger-Vorständen.

Abonniert unseren Newsletter unter info@karl-broeger-gesellschaft.de oder schaut auf unsere Homepage www.karl-broeger-gesellschaft.de, oder auf Social Media bei Facebook oder Instagram.

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Der russische Angriff auf die Ukraine war eine Zeitenwende. Doch wie stellen wir unser Land für die neue Zeit international auf? Die SPD-Bundestagsfraktion hat bei ihrer Klausur einige Antworten gefunden.

Frieden, Freiheit, internationale Gerechtigkeit und Solidarität sowie eine starke Europäische Union sind und bleiben die Leitlinien unserer Politik. Dazu gehören die universelle Geltung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Deswegen unterstützen wir die Ukraine, sich gegen den russischen Angriff zu verteidigen. Nicht nur mit Waffen – kein anderes Land in der EU unterstützt die Ukraine militärisch stärker als Deutschland – sondern auch finanziell und humanitär.

Wir werden auch weiterhin – anders als andere Parteien – auf Diplomatie setzen: Natürlich müssen wir auch weiter mit Russland sprechen. Wir müssen aber auch Kanäle zu anderen Ländern offenhalten, die bislang Russland weder kritisieren noch sanktionieren. Je stärker Russland global isoliert ist, desto größer der Druck für Putin, den Angriff zu beenden. Auch deswegen hat Olaf Scholz die Beziehungen zu Staaten wie Indien und Vietnam ausgebaut und ist trotz viel öffentlichem Gemotze nach China gefahren.

Die Welt wird in Zukunft von vielen Zentren geprägt sein. Eines davon muss ein **souveränes Europa** sein: Die Zeitenwende macht es noch stärker notwendig, dass die EU ein eigenständiger und selbstbewusster Akteur in der Welt wird. Dafür braucht es Reformen, damit ein Veto eines einzelnen Staates nicht mehr die EU lahmlegt. Wo wir außerdem hinwollen, hat Olaf Scholz in seiner „Prager Rede“ deutlich gemacht: Die EU müssen wir in die Lage versetzen, ihre Sicherheit, ihre Unabhängigkeit und ihre Stabilität auch gegenüber Herausforderungen von außen zu sichern. Die EU muss in neue Partnerschaften investieren – in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die Welt ist im Wandel. Wir dürfen diesen Wandel nicht verschlafen und brauchen auch Partner jenseits der USA. Wir werden weiter auf eine starke und vertrauensvolle Partnerschaft mit den USA setzen, auch als Verbündete in der NATO. Gleichzeitig müssen wir, auch was unsere Sicherheit betrifft, stärker auf eigenen Füßen stehen.

Demokratien gibt es nicht nur „im Westen“. Wir müssen die Zusammenarbeit mit diesen verstärken – Beispiele Japan und Indien. Gerade auch in Lateinamerika gibt es die Basis für eine stärkere Zusammenarbeit. Die **regelsichere internationale Ordnung** – für diese kämpfen wir – fußt aber auch darauf, dass

WIR STELLEN
DEUTSCHLAND
GLOBAL NEU AUF

unterschiedliche politische Systeme nebeneinander existieren und miteinander kooperieren müssen. Dafür brauchen wir eine aktive Außenpolitik, die Menschenrechte stets anspricht. Aber auch eine, die nicht das Trennende sucht – also die Punkte, wo andere Staaten unsere Werte nicht zu 100 Prozent teilen. Wir müssen vielmehr das Gemeinsame suchen: **„Inseln der Kooperation“**. Das kann der Klimaschutz oder die Ernährungssicherheit sein. Das kann aber auch das internationale Recht sein. Auch in Asien und Afrika gibt es Staaten, die keine Demokratien sind. Aber einige haben ein Interesse daran, dass auf der Welt nicht einfach das Recht des Stärkeren gilt. Kooperation brauchen wir auch beim Thema **Abrüstung und Rüstungskontrolle**. Beides muss in Zukunft auf der globalen Tagesordnung bleiben. Ziel: Eine verbindliche Weltordnung, in der Konflikte mit Verhandlungen und Kompromissen gelöst werden.

Mit **Globalen Verantwortungspartnerschaften** wollen wir unseren Partnern im Globalen Süden attraktive Angebote zur Zusammenarbeit machen und sie bei der wirtschaftlichen und sozialen Transformation unterstützen. Zum Beispiel gilt das für die Berufsausbildung und für den Aufbau sozialer Sicherungssysteme. Unsere Erfahrungen wollen wir weitergeben und helfen, richtige Weichenstellungen in der Entwicklung vorzunehmen. Unsere Werte bringen wir dabei mit ein. Auch mit feministischer Entwicklungspolitik, die bei Projekten die gesamte Gesellschaft berücksichtigt: Neben Frauen auch marginalisierte Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, Indigene oder LGBTIQ*. Dazu brauchen wir ein attraktives Angebot mit Investitionen und Know-how. In Afrika ist China sehr präsent, um sich Rohstoffe zu sichern. Nach Menschenrechten oder Demokratie fragt die Volksrepublik dabei natürlich nicht.

Die SPD mit Olaf Scholz und Entwicklungsministerin Svenja Schulze schmiedet neue Partnerschaften Deutschlands: Zum Beispiel mit Indien, Pakistan, Ruanda, Kenia, Peru und der Elfenbeinküste gibt es bereits deutsche **Klima- und Entwicklungspartnerschaften**. Wir unterstützen beim Aufbau erneuerbarer Energie, Wiederaufforstung und nachhaltiger Landwirtschaft. Als nächstes sollen Bangladesch und Kolumbien folgen. Kenia soll es mit der Partnerschaft schaffen, sich bis 2030 vollständig aus erneuerbarer Energie zu versorgen und damit auch zum Vorbild für andere Staaten in Afrika werden. Zusammen mit Verbündeten bauen wir mit Svenja Schulze zudem **„Just Energy Transition Partnerships“** auf, beginnend mit Südafrika, Indonesien und Vietnam. Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung sollen mit deutscher Unterstützung miteinander einhergehen.

Einfluss auf Entwicklung haben wir nur, wenn wir Partner sind. Wenn wir Partnerschaften ablehnen, überlassen wir die Entwicklung Staaten wie China und nehmen in Kauf, dass demokratische Entwicklung kein Thema sein wird. Deswegen wäre es falsch, zum Beispiel – so wie die Grünen es fordern – keine Energiepartnerschaft mit dem Senegal einzugehen, um in diesem Rahmen auch Gas zu beziehen. Richtig ist es – so wie wir das bereits begonnen haben – gleichzeitig die Entwicklung erneuerbarer Energie im Senegal zu fördern und eine Energie- mit einer Klimapartnerschaft zu verbinden. Solche Partnerschaften fördern es, global die Klimaziele zu erreichen. Aber sie stellen auch die Weichen dafür, wie demokratisch oder autoritär sich die Welt in Zukunft entwickelt. Die Welt wird nicht automatisch immer demokratischer und freier. Wir müssen dafür arbeiten.

MEHR FORTSCHRITT WAGEN IN DER INTEGRATIONSPOLITIK

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Vor allem in der Migrations- und Integrationspolitik zeigt sich, dass die Ampel-Koalition unter Führung von Olaf Scholz eine echte Fortschrittsregierung ist. Zum Jahreswechsel ist das Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts in Kraft getreten. Mit dieser Neuregelung vollzieht die SPD-geführte Bundesregierung einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem Neuanfang in der Migrationspolitik und einer umfassenden Modernisierung des Einwanderungsrechts. Künftig wird es für Geduldete eine Perspektive geben: Wer zum Stichtag 31. Oktober 2022 fünf Jahre im Land lebt und nicht straffällig geworden ist, soll 18 Monate Zeit bekommen, um die Voraussetzungen für einen langfristigen Aufenthalt zu erfüllen. Damit wird endlich die bisherige Praxis der Kettenuldungen, mit all den einhergehenden Belastungen für Betroffene und Behörden, beendet. Konkret betrifft diese Regelung rund 136.000 Menschen in Deutschland. Darüber hinaus können Asylbewerber*innen von Anfang an einen Integrationskurs besuchen und auch der Familiennachzug wird erleichtert, um Fachkräfte langfristig in Deutschland zu integrieren.

Zu Beginn dieses Jahres ist ein zweites Gesetz, zur Beschleunigung der Asylverfahren, in Kraft getreten, das schnellere, weniger bürokratische Asylverfahren und mehr Rechtssicherheit ermöglicht. Ziel ist es bessere und schnellere Entscheidungen in den Verfahren

herbeizuführen, dadurch Gerichte und Behörden – wie auch das BAMF – zu entlasten und eine einheitliche Rechtsprechung zu erreichen. Das ist dringend notwendig, denn die bisherige Belastung der Verwaltungsgerichte führte zu einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von über 26 Monaten.

Bereits im November habe ich für die SPD-Landtagsfraktion die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, Einbürgerung für mehr Migrant*innen, die durch ihre bereits lange Aufenthaltsdauer in Deutschland die Voraussetzungen dafür mitbringen, attraktiver zu machen und das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial von lediglich derzeit 2,75 Prozent wesentlich zu erhöhen und damit mehr Menschen in die Lage zu versetzen, sich an demokratischen Prozessen, wie Wahlen, zu beteiligen. So sollten etwa alle staatlichen Behörden, die Kontakt zu lange hier lebenden Migrant*innen haben, aufgefordert werden, proaktiv auf mögliche zukünftige Bürger*innen zuzugehen und sie in Richtung einer Einbürgerung zu beraten. Der Freistaat muss auch endlich Kommunen auf dem Weg zur Vereinfachung und Erleichterung des Einbürgerungsprozesses unterstützen. Es zeigt sich immer mehr, dass die CSU-geführte Staatsregierung nicht bereit ist, sich konstruktiv an diesem wichtigen Thema zu beteiligen; stattdessen betreibt sie unerträgliche populistische Stimmungsmache.

Vor Weihnachten habe ich für die SPD-Landtagsfraktion einen Dringlichkeitsantrag in

den Landtag eingebracht, in dem wir den Neustart in der Zuwanderungspolitik begrüßen und eine gute Umsetzung in Bayern fordern. Zugleich danken wir den Menschen, die in den vergangenen rund 70 Jahren, seit dem ersten Anwerbeabkommen vom 20. Dezember 1955, als „Gastarbeiter*innen“ aus dem Ausland zu uns gekommen sind. Sie haben maßgeblich Anteil am wirtschaftlichen Erfolg, an der sozialen Sicherheit und am heutigen gesellschaftlichen Wohlstand Bayerns. Für mich ist klar: Ohne jene „Gastarbeiter*innen“ wäre weder das Wirtschaftswunder noch unser heutiger Wohlstand denkbar gewesen. Das zeigt wie wichtig die Neuausrichtung der Zuwanderungs- und Einbürgerungspolitik der Bundesregierung ist, denn wir sind angesichts des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels auf Zuwanderung von Fachkräften angewiesen. Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit fehlen bis 2035 sieben Millionen Fachkräfte in Deutschland. Es rächt sich immer mehr, dass CDU/CSU jahrzehntelang nicht wahrhaben wollten, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist!

Herzlichen Dank an unseren Bundeskanzler Olaf Scholz, die SPD-Bundestagsfraktion und insbesondere an unsere örtliche Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich. Das zeigt, welche Fortschritte möglich sind, wenn wir das Land regieren.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Andreas Mittelmeier
Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman
Grafische Gestaltung: Michael Graf
Korrektorat: Dagmar Köhnlein
Redaktionsanschrift: der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg
E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de
Tel: 0911 - 438960
Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.
Auflage: 5.500 Exemplare



von STEFAN SCHUSTER, MdL

Wie auch schon 2022 hat die Staatsregierung den ersten Entwurf für einen Haushaltsplan für 2023 sehr spät in den Landtag eingebracht. Voraussichtlich Ende März wird der Haushalt für dieses Wahljahr durch den Landtag verabschiedet. Bis dahin setzt sich die SPD-Landtagsfraktion intensiv mit der Haushaltsgestaltung auseinander, um auch im Jahr 2023 die richtigen Akzente für eine soziale Politik in Bayern zu setzen. Denn wie so oft kann nur der erste Eindruck des Haushaltsplans überzeugen. Wer genauer hinsieht, der stellt fest, dass die Staatsregierung auch dieses Jahr an vielen Stellen mangelhafte Planungen vorlegt.

Aber zunächst zum Entwurf der Staatsregierung:

Wie im Vorjahr plant die Staatsregierung ungefähr 71 Mrd. € auszugeben. Hieraus fallen ca. 24 Mrd. € an den Bildungsbereich, fast 8 Mrd. € sind für die innere Sicherheit eingeplant und der kommunale Finanzausgleich ist bei ca. 11 Mrd. € angesetzt. Weiterhin sind 3006 neue Stellen geplant. Die meisten gehen mit 1602 an die bayerischen Schulen, außerdem gibt es 500 zusätzliche Stellen für die Polizei und 80 zusätzliche Stellen für den Aufbau der Technischen Universität Nürnberg.

Programmatisch setzt die Staatsregierung 2023 dabei nur auf wenige Großprojekte. Hervorgehoben werden die „Hightech Agenda Bayern“ und die „Hightech Agenda Plus“ mit einem gemeinsamen Ansatz von 916 Mio. €. Geschmückt wird sich zudem mit einem „Rekordniveau“ für den Bewilligungsrahmen für die staatliche Wohnraumförderung, insgesamt 784 Mio. €. Gerade dieser besteht aber zu einem großen Teil aus Bundesmitteln.

Was ist nun aber wirklich im Haushalt der Staatsregierung drin?

Für die SPD-Landtagsfraktion ist der Haushaltsentwurf für 2023 eine einzige Enttäuschung. Die Staatsregierung hat einen lustlosen, vollkommen unambitionierten Entwurf vorgelegt, der den Herausforderungen, vor denen wir in Bayern stehen, nicht gerecht wird. Gerade in der aktuellen Krise ist es fatal, dass der Entwurf dem Landtag erst wieder so spät vorgelegt wird. Besonders die Mittel, die die Bürger*innen und Institutionen in Bayern entlasten sollen, können so erst gegen Mitte bis Ende des Jahres ausbezahlt werden. Aber nicht nur zeitlich lässt der Entwurf hinsichtlich der Entlastungen zu wünschen übrig. Gegenüber den im



NEUES JAHR –
NEUER HAUSHALT

Bundeshaushalt eingeplanten 300 Mrd. € will Bayern gerade mal 1,5 Mrd. € in einem Härtefallfond zur Verfügung stellen. Unklar ist auch, wofür und an wen die Mittel dann tatsächlich ausgezahlt werden. Als SPD im Landtag sprechen wir uns dafür aus, dass Bayern sich als finanzstarker Freistaat mit eigenen Entlastungsmaßnahmen engagieren und dafür deutlich höhere Mittel veranschlagen muss.

Neben den Entlastungen ist die Wohnungsbauförderung das nächste Sorgenkind im Staatshaushalt. Die versprochene Wohnungsmilliarde wird nur erreicht, weil die Bundesförderprogramme mit eingerechnet werden. Zwei Fünftel der Gelder stammen aus Berlin, dabei müsste Bayern von sich aus so viel mehr tun. Nicht nur in München und Nürnberg steigen die Mieten aufgrund des knappen Angebots immer mehr.

Des Weiteren fehlt es an Unterstützung für die bayerischen Krankenhäuser, die nicht erst seit der Pandemie vor großen finanziellen Herausforderungen stehen, sowie an einer zukunftsfähigen Förderung des Nahverkehrsausbau in Bayern. Die Staatsregierung verlässt sich in beiden Bereichen ausschließlich auf die Maßnahmen der Ampel auf Bun-

desebene und wird ihrer eigenen Verantwortung im Freistaat kein bisschen gerecht.

Zuletzt ist auch der Bildungsbereich mit einem kritischen Auge zu betrachten. Zwar priorisiert die Staatsregierung wie jedes Jahr das Ausgabenfeld an die erste Stelle. Eigens aufgestellte Ziele, wie eine gleiche Bezahlung mit A13 für alle Lehrkräfte, werden aber auch dieses Jahr nicht erreicht.

Im Ergebnis ist der Entwurf der Staatsregierung alles andere als ein großer Wurf. An vielen Ecken und Enden wird höchstens halbherzig so weitergemacht wie bisher. Ein Plan, wohin es in Bayern gehen soll, ist nicht zu erkennen. Diesen Fehlschuss der Staatsregierung nehmen wir als SPD-Landtagsfraktion zum Anlass, unsere Vorstellungen einer zukunftsgerichteten Politik für Bayern einzubringen. Zum Haushaltsentwurf wurden in der Fraktion zahlreiche Änderungsanträge erarbeitet. Darunter zu finden sind unter anderem 54 Mio. € zusätzlich für die Schulen in Bayern, über 300 Mio. € für Wohnen und Mobilität in Bayern und ca. 180 Mio. € zusätzlich für Gesundheit und Pflege. Die Anträge werden in den kommenden Wochen in den Landtag eingebracht und dann in den zuständigen Ausschüssen diskutiert.



In der Heinrich-Held-Straße in Katzwang wurde vom St. Gundekar Werk ein Holzsystembau mit weitspannenden Holz-Beton-Verbunddecken errichtet, der 41 barrierefreie, geförderte Wohnungen umfasst. Bildrechte: Marcus Rebmann / Stadt Nürnberg / Stab Wohnen.

KOMMUNALE LIEGENSCHAFTS- UND BODENPOLITIK - STELSCHRAUBEN ZUM WOHNUNGSBAU WEITER FORTSCHREIBEN

BEZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE - DAS QUARTIER ALS DORF IN DER GROSSSTADT

von THORSTEN BREHM, CHRISTINE KAYSER und FABIAN MEISSNER

Wie in vielen deutschen Großstädten ist auch in Nürnberg der Wohnungsmarkt in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten. Dies zeigt sich an den anhaltenden Preissteigerungen bei den Miet- und Immobilienpreisen, aber auch an den zahlreichen Vormerkungen von berechtigten Haushalten für geförderten Wohnraum.

Einer der Gründe ist der anhaltende Bevölkerungszuwachs infolge des wirtschaftlichen Wachstums und der damit einhergehenden Attraktivität Nürnbergs. Innerhalb der letzten zehn Jahre sind mehr als 34.000 Personen, dies entspricht der Größe einer Stadt wie Forchheim, zugezogen.

Druck auf dem Wohnungsmarkt wird sich weiter verschärfen

Neben der Bevölkerungsentwicklung gibt es weitere Faktoren, die zur Anspannung

des Nürnberger Wohnungsmarkts spürbar beitragen, wie z.B. der Anstieg der Wohnfläche pro Kopf. Dieser hängt eng mit der steigenden Zahl an Einpersonenhaushalten zusammen, die mittlerweile mehr als 50 Prozent aller Haushalte ausmachen. Dazu kommt der große Nachholbedarf an Wohnungsneubau, der sich aus den zu niedrigen Fertigstellungszahlen der vergangenen Jahre ergibt.

Es ging zwar zum ersten Mal seit Jahren die Bevölkerungszahl leicht um 5.664 zurück auf 530.222. Dennoch ist eine Marktentspannung nicht erkennbar. (Wohnungsmarktbericht 2021) Dies ist aber bereits überholt durch den Zuzug aus dem Kriegsgebiet der Ukraine.

Ein künftig wieder zunehmendes Bevölkerungswachstum deutet sich aufgrund von Nachholeffekten infolge der Pandemie bereits an. Insbesondere im Hinblick auf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums bleiben die Herausforderungen damit weiterhin groß.

Neue, bezahlbare Wohnungen werden auch benötigt, um die stetig steigenden Mieten auszubremsen. Mittlerweile weist der Mietenspiegel eine Durchschnittsmiete im freifinanzierten Wohnungsbau von 9,18 € pro Quadratmeter Wohnfläche aus, 2020 waren es noch 8,54 €. Schon heute müssen viele Haushalte mehr als ein Drittel ihres Einkommens aufwenden, um die Miete bezahlen zu können. Nebenkosten sind hier noch nicht mit eingerechnet.

Wie sieht eine solidarische Stadtgesellschaft aus?

Diese Entwicklungen führen in Verbindung mit der herrschenden Knappheit an Baugrundstücken und der jetzt steigenden Zinslage zu Preissteigerungen, die es zunehmend auch Haushalten mit mittleren Einkommen schwermachen, bezahlbaren Wohnraum in Nürnberg zu finden.

In vielen Fällen ist die Bereitstellung von Grundstücken eine Grundvoraussetzung zur



Thorsten Brehm

Wohnraumsicherung. Es gibt keine nachhaltige Stadtentwicklung ohne die Mobilisierung von Liegenschaften, sei es für den Wohnungsbau, für die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur, für die Bereitstellung der sozialen und verkehrlichen Infrastruktur und für die Versorgung mit Grünflächen und grüne Freiraumverbindungen.

Der Klimawandel ist auch eine soziale Frage

Der Klimawandel stellt die Gesellschaft auch vor soziale Herausforderungen, die nicht weniger komplex sind als die technologischen und finanziellen. Es geht nicht nur darum, welche Energien nachhaltig sind und welche technischen Neuerungen zum Erreichen der Klimaziele beitragen können. Sondern auch darum, wie die Gesellschaft solidarisch dazu beitragen kann, ohne jemanden abzuhängen:

Für die Gesamtgesellschaft könnte es heißen, dass es zu Spaltungstendenzen kommt. Es gilt zu verhindern, dass sich „abgehängte Stadtteile“ entwickeln: Regionen, wo nur Menschen mit wenig Ressourcen wohnen. In den Zentren blieben hingegen eher Menschen mit hohem Einkommen zurück.

Das Großstadt-Stadtquartier zurück zum Dorf

Lokale Verbundenheit, Gemeinschaftsgefühl und kurze Wege: Das sind Eigenschaften, die Menschen vor allem mit Dörfern verbinden. Das entspricht der Idee der 15-Minuten-Städte. Einem urbanen Wohnkonzept, bei dem die wichtigen Dinge des täglichen Bedarfs entweder zu Fuß oder mit dem Fahrrad vom Wohnhaus innerhalb von 15 Minuten erledigt werden sollen. In einer großen Stadt mit einer kleinräumigen Nachbarschaft zu leben, kommt dem Alltagsgefühl der Menschen immer näher.



Christine Kayser

Räumliche Strukturen haben sehr wohl Einfluss auf einen stärkeren Zusammenhalt und auf die Identifikation mit der Nachbarschaft. Gerade während der Lockdown-Phasen haben viele Menschen gelernt, wie wichtig es ist, sich lokal verbunden zu fühlen. Stadtquartiere wie kleine Dörfer zu gestalten, muss daher ein Ziel der künftigen Planungen sein.

Wohnungsbaugipfel mit den Akteuren für Nürnberg

Die Baulandmobilisierung und eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik sind ein wichtiges Element in einem wohnungspolitischen Gesamtpaket. Neben Sofortmaßnahmen für mehr Wohnungsbau, u.a. durch die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, muss mittel- und langfristig sowohl eine stärkere Gemeinwohlorientierung des Eigentums erfolgen als auch das Baulandangebot, insbesondere in der Innenentwicklung, ausgeweitet werden. Gefordert ist ein sorgfältiger Umgang mit dem nicht vermehrbaren Gut Grund und Boden unter Berücksichtigung der stadttypischen Gegebenheiten.

Stagnation beim Wohnungsbau ist ein großes Problem

Die SPD-Stadtratsfraktion plant mit den unterschiedlichen Akteuren der Bau- und Wohnungswirtschaft sowie den Mietervereinigungen einen Wohnungsbaugipfel im kommenden Jahr 2023, um eine Einschätzung der aktuellen Lage und der angepassten Bauprogramme zu bekommen.

Hilfe leisten kann auch das „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“, ins Leben gerufen von Bundesbauministerin Klara Geywitz. Bund, Länder und Kommunen müssen ihrer besonderen Verantwortung für die Wohnungspolitik gerecht werden, vor allem



Fabian Meissner

aber ist ein aktives Handeln aller Verantwortlichen in ihrem jeweiligen Kompetenzbereich erforderlich.

Stellschrauben weiterentwickeln

In den vergangenen Jahren wurden auf kommunaler Ebene bereits einige Meilensteine erreicht: Die Zweckentfremdungssatzung, bei Bauprojekten ab 30 Wohneinheiten eine 30 prozentige Quote an sozialgefördertem Wohnbau und die stadt eigene Projektentwicklungsgesellschaft.

Wir als SPD-Stadtratsfraktion sehen mit unserem Antrag zum „Modul 2 Lichtenreuth“ eine weitere Entwicklung der vielfältigen Stellschrauben vor. Beim bezahlbaren Wohnen geht es immer, vom großen Ganzen, ins viele kleine wichtige Detail zu blicken. Es gilt, verstärkt eine aktive „Vorratspolitik“ zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu betreiben. Die Konzeptvergabe oder die gezielte Vergabe an Wohnbaugenossenschaften sollte deutlich an Bedeutung zurückgewinnen, sogar Vorrang finden. Qualität als Vergabekriterium sollte – gegenüber einer Vergabe nach Höchstpreis – gestärkt werden. Gleichzeitig sollte die stadteigene, über 100 Jahre alte Wohnungsbaugesellschaft weiter auf ihre über Jahrzehnte gefestigte Rolle des sozial geförderten Wohnungsbaus weiter verstärken. Eigene Immobilien sind auch für Kommunen eine stabile Kapitalanlage.

Bestehende Stadtverwaltungsstrukturen zum Grunderwerb und die städtische Projektentwicklungsgesellschaft müssen in diese Maßnahmen mit einbezogen und effektiv und effizient weiterentwickelt werden. Die Erfahrungen aus Lichtenreuth können hierbei einen Modellcharakter erhalten.



Einladung zur Jahreshauptversammlung der AG 60plus mit Neuwahlen am 28.02.2023 um 14:30 Uhr im Karl-Bröger-Zentrum Raum Wilhelm Riepekohl

Herzliche Einladung zu unserer Jahreshauptversammlung mit turnusgemäßen Wahlen.

Wir freuen uns immer über Anträge an den Unterbezirk oder weitere Parteigliederungen, solltest Du einen Antrag stellen wollen, sende ihn doch bitte bis zum 22.02.2023 an gaperoe@t-online.de, damit wir ihn den Versammlungsunterlagen beifügen können.

Vorläufige Tagesordnung:

- | | | |
|---|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Eröffnung und Begrüßung 2. Totenehrung 3. Konstituierung <ol style="list-style-type: none"> a. Wahl der Versammlungsleitung b. Wahl der Wahlkampfkommission c. Beschlussfassung über die Tagesordnung 4. Bericht der Vorsitzenden <ol style="list-style-type: none"> a. Aussprache 5. Entlastung der Vorsitzenden und des Gesamtvorstands 6. Vorstandswahlen <ol style="list-style-type: none"> a. Wahl einer/eines Vorsitzenden b. Wahl von zwei StellvertreterInnen c. Wahl der/des Schriftführer*in d. Wahl von 5 (6) Beisitzer*innen
<i>wird vor der Wahl festgelegt</i> | <ol style="list-style-type: none"> 7. Delegiertenwahlen <ol style="list-style-type: none"> a. Wahl von 8 (9) Delegierten zur Bezirkskonferenz* b. Wahl von 6 (7) Delegierten zur Landeskonferenz* c. Wahl der/des Beisitzer*in für den Unterbezirksvorstand d. Wahl der/des beratenden Delegierten (1) zur Jahreshauptversammlung des Unterbezirks e. Wahl der beratenden Delegierten (2) zum Parteyausschuss f. Wahl und Vorschlag einer Vertretung in den Bezirksvorstand 60plus (Wird bei der Bezirkskonferenz bestätigt). g. Wahl und Vorschlag von Delegierten (2) zur Bundeskonferenz | <ol style="list-style-type: none"> 8. Wahl Kandidaten Stadtseniorenrat 9. Antragsberatung 10. Ausblick auf die kommenden Themen und Aktivitäten der AG 60plus durch die/den neugewählte/n Vorsitzende/n 11. Aussprache 12. Verschiedenes 13. Schlusswort der/des gewählten Vorsitzenden <p><i>* Der Delegiertenschlüssel liegt noch nicht vor, wird vor der Wahl bekannt gegeben</i></p> |
|---|--|--|



Einladung zur ASF-Jahreshauptversammlung 2023

Jahreshauptversammlung der ASF Nürnberg
Karl-Bröger-Zentrum (Raum Riepekohl),
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg

Samstag, 11. Februar 2023, ab 10:00 Uhr

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Konstituierung
 - a. Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
 - b. Wahl der Versammlungsleitung
 - c. Beschlussfassungen über Geschäfts- und Tagesordnung
3. Bericht des Vorstands
4. Aussprache
5. Nominierung einer Vertretung der ASF im Unterbezirksvorstand der SPD Nürnberg
6. Ggf. Antragsberatung
7. Sonstiges
8. Schlusswort

Solltet ihr Anträge zum Beschluss auf der JHV stellen wollen, sendet diese bitte vorab an asf@spd-nuernberg.de. Bei Fragen könnt ihr euch ebenfalls an diese Adresse wenden.



Einladung zur Jahreshauptversammlung 2023 der AfA Nürnberg

Jahreshauptversammlung der AfA Nürnberg
Karl-Bröger-Zentrum (Raum Riepekohl),
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg

Mittwoch, 22. Februar 2023, ab 18:00 Uhr

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Konstituierung
 - a. Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
 - b. Wahl der Versammlungsleitung
 - c. Beschlussfassungen über Geschäfts- und Tagesordnung
3. Nominierung einer Vertretung der AfA im Unterbezirksvorstand der SPD Nürnberg
4. Ggf. Antragsberatung
5. Sonstiges
6. Schlusswort

Solltet ihr Fragen haben, oder Anträge zum Beschluss auf der JHV stellen wollen, sendet diese bitte vorab an oskarbrabanski@yahoo.de



SPENDENAUFTRUF – GEMÜSEGÄRTEN FÜR MALI – DROHENDE HUNGERKRISEN

„Not ist Konflikt. Wo Hunger herrscht, ist auf die Dauer kein Friede. Wo bittere Armut herrscht, ist kein Recht.“ Mit diesen Worten appellierte Willy Brandt in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung am 26. Sept. 1973 daran, nicht zu resignieren.

SPRACH-KITAS & Bildungsgerechtigkeit

Warum führt sprachliche Bildung im frühkindlichen Bereich zu mehr Chancengerechtigkeit?

Unser Gast Gabriele Gehle, Fachberaterin für Sprach-Kitas, stellt uns das aktuelle Bundesprogramm vor und gibt Einblicke in die Umsetzung. Im Anschluss diskutieren wir gemeinsam Chancen und Grenzen des Sprach-Kita-Programms.

Sei dabei!

Wann? Di, 28.02.2023, 19 Uhr
Wo? KBZ, Riepekohl-Saal



Die Folgen des Klimawandels treffen sie im Besonderen. Und die Reserven der Ärmsten sind gering. Das gilt auch für Mali, wo nach schlechten Ernten Mangelernährung und Hungerkrisen drohen. Deshalb hat die LAG Mali in diesem Jahr in 12 Dörfern mit Getreidevorräten ausgeholfen.

Ob gefüllte Getreidespeicher oder bewirtschaftete Gemüsegärten – die Hilfe zur Selbsthilfe der LAG Mali kommt in den malischen Dörfern an – auch unter den aktuellen politischen Bedingungen.

In diesem Jahr sollen Gemüsegärten und kleine Start-Ups für Landfrauen aufgebaut werden, damit vor Ort mehr Nahrungsmittel und auch Einkommen verfügbar sind. Für dieses Projekt bittet Michael Ziegler, seit Mai 2022 neuer Vorsitzender der LAG Mali, alle Genoss*innen um ihre Unterstützung.

Mehr Informationen zur LAG Mali und ihrer Arbeit gibt es auf der Webseite www.lag-malihilfe.de oder im aktuellen Rundbrief. Gern steht Gudrun Kahl für Rückfragen unter lag-mali@web.de oder telefonisch unter 0911-4501373 bereit.

Spendenkonto:
VR-Bank Metropolregion Nürnberg
IBAN: DE65 7606 9559 0003 2590 05
BIC: GENODEF1NEA



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



DIALOGPOST
Ein Service der Deutschen Post

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / FEBRUAR 2023

06.02.23 – 19:00 Uhr

Jusos Nürnberg

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

08.02.2023 – 19:30 Uhr

SPD Laufamholz:

Jahreshauptversammlung

Restaurant Hammerschmiede

10.02.23 – 17:00 Uhr

MindestTon: Chorprobe

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

11.02.2023 – 10:00 Uhr

AsF Nürnberg:

Jahreshauptversammlung

Raum Riepekohl,
Karl-Bröger-Zentrum

13.02.23 – 19:00 Uhr

Jusos Nürnberg

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

14.02.2023 – 17:00 Uhr

Mieterbüro

Termine bitte unter
0911 43896 0 ausmachen

14.02.2023 – 19:30 Uhr

SPD-Fischbach:

Jahreshauptversammlung

TSV Altenfurt,
Wohlauer Straße 16
(Skizimmer)

14.02.2023 – 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof:

Jahreshauptversammlung

(mit Wahlen)

SIGENA-Plauenerstr. 7,
90491 Nürnberg

14.02.2023 – 19:00 Uhr

SPD Langwasser:

Jahreshauptversammlung

mit Thorsten Brehm

15.02.23 – 19:00 Uhr

AK Umwelt

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

17.02.23 – 17:00 Uhr

MindestTon: Chorprobe

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

20.02.23 – 19:00 Uhr

Jusos Nürnberg

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

24.02.23 – 17:00 Uhr

MindestTon: Chorprobe

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

27.02.23 – 19:00 Uhr

Jusos Nürnberg

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

28.02.2023 – 17:00 Uhr

Mieterbüro

Termine bitte unter
0911 43896 0 ausmachen

28.02.2023 – 14:30 Uhr

AG60plus: Mitgliederversammlung

Käte-Strobel-Saal,
Karl-Bröger-Zentrum

Bitte beachten, dass es zu terminlichen Abweichungen kommen kann. Bitte informiere dich rechtzeitig bei deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

das Jahr 2023 beginnt so, wie 2022 endete: Europa und Deutschland im Krisenmodus. Noch immer tobt der Ukraine-Krieg mit all seinen schrecklichen Auswirkungen, vor allem für die Zivilbevölkerung vor Ort. Jedoch spüren auch wir jeden Tag aufs Neue die Nachwehen dieses brutalen Überfalls. Immerhin scheint es so, als könnten wir die Corona-Pandemie endlich hinter uns lassen und bald wieder zur Normalität zurückkehren.

Im Nürnberger Rathaus arbeiten wir weiter an vielen großen und kleinen Baustellen, um die Stadt immer weiter ein Stück lebenswerter zu machen. Eine erste Auswahl unserer Themen im neuen Jahr finden Sie in der aktuellen Ausgabe unserer Depesche. Einen guten Start in das neue Jahr wünscht Ihnen die SPD-Stadtratsfraktion!

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre

Claudia Arabackyj
Stv. Fraktionsvorsitzende

MEHR ÜBER UNSERE ARBEIT AUF:

 spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de

 facebook.com/spd.nuernberg

 instagram.com/spdnuernberg

**Gegen Raserei und Lärmbelästigung:
Wir wollen das Tempolimit auf der A73!
Zwischen Hafen-Ost und Nürnberg-Süd muss eine
Geschwindigkeitsbegrenzung umgesetzt werden.**



Photo by CC BY-SA 3.0 by Inkawik

Bereits im Jahr 2016 sprach sich der Verkehrsausschuss im Rathaus für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf dem Autobahn-Teilstück zwischen Nürnberg-Hafen-Ost und der AS Nürnberg-Süd aus. Passiert ist bisher nichts, da die Autobahn GmbH des Bundes keine Notwendigkeit sieht, hier tätig zu werden. Bereits die Autobahndirektion Nordbayern, Vorgängerin der aktuellen Betriebsgesellschaft und dem Freistaat Bayern zugehörig, hatte sich bei einem Geschwindigkeitslimit quergestellt. Vonseiten der Stadt, des Stadtrats, des Bürgervereins und den Bürgerinnen und Bürgern besteht in der Forderung seit Jahren Einigkeit.

Elke Härtel, zuständig für die Siedlungen Süd: „Es ist für mich bis heute völlig unverständlich, ein so kurzes Teilstück ohne Geschwindigkeitsbegrenzung freizugeben. Der Umstand lädt viele Fahrer*innen geradezu ein,

mal eben kurz das Gaspedal richtig durchzudrücken. Da hilft auch der beste Lärmschutzwahl nichts. Für die Anwohner*innen, teils in unmittelbarer Nähe zur Autobahn wohnend, ist das gerade nachts eine Qual.“

Ein entsprechender Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, welcher abermals eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf tagsüber 100 km/h und nachts 80 km/h fordert, stand im Verkehrsausschuss am 19. Januar zur Behandlung auf der Tagesordnung.

„Die Autobahn GmbH hat uns in ihrer Stellungnahme erneut eine Abfuhr erteilt. Leider mal wieder ohne stichhaltige Belege oder gar einer Begründung, warum man die anfangs gemachten Zusagen nicht einhält“, erklärt Harald Dix, „ganz im Gegenteil: Man leugnet sogar eine Verbesserung der Luftqualität und höhere Verkehrssicherheit >>

aufgrund einer Geschwindigkeitsbegrenzung. Das ist wirklich Denken von Vorgestern.“

Die SPD-Stadtratsfraktion wird sich auch weiterhin für eine Lösung über eine Geschwindigkeitsbegrenzung einsetzen und den Schulabschluss mit der Bürgerschaft suchen. Elke Härtel ergänzt: „Ich weiß nicht, was erst passieren muss, dass man in den Büros der Autobahn GmbH umdenkt. Es macht schlichtweg keinen Sinn, das Teilstück als de facto Rennstrecke freizugeben. Noch dazu in direkter Nähe zu einem Wohngebiet.“

Neue Studie unterstützt die generelle Forderung: Tempolimit jetzt!

Eine aktuelle Studie des Umweltbundesamts ergab, dass ein Geschwindigkeitslimit von 120 Kilometer pro Stunde ein höheres Einsparpotential birgt, als vorher angenommen. Anstelle der bisher veranschlagten 2,6 Millionen Tonnen, könnte man den Ausstoß um bis zu 6,7 Millionen Tonnen CO2 verringern. In der vorliegenden Studie wurden der Verbrauch der Fahrzeuge und das Fahrverhalten genauer bestimmt. Harald Dix dazu: „Mit einem generellen Tempolimit auf der Autobahn lägen wir immer noch 20-30 Kilometer pro Stunde über unserer Forderung für diesen Teilabschnitt, es wäre aber immerhin ein Anfang. Hoffen wir mal, dass sich die FDP in Berlin endlich bewegt.“

Weitere Informationen:
Elke Härtel;
Harald Dix;
spd@stadt.nuernberg.de



Bund gibt 6 Millionen Euro für Sanierung: Freibad Bayern 07 kann energetisch saniert werden



Das vereinsgeführte Freibad Bayern 07 ist einer der wichtigsten Sport- und Erholungsorte in Nürnberg. Besonders die Schwimmanlagen müssen aber dringend saniert werden. Hierfür gibt der Bund nun 6 Millionen Euro im Rahmen des Projekts „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“.

Der bäderpolitische Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion, Dr. Nasser Ahmed, äußert sich dazu wie folgt: „Mit 6 Millionen Euro lässt sich eine ganze Menge anstellen! Ich bin froh, dass das Bayern 07 nun technisch auf den neuesten Stand gebracht werden kann, komplett barrierefrei umgebaut wird und künftig ausschließlich auf erneuerbare Energien setzt.“ Auch als sozialer Treffpunkt hat das Bad mit seinen großzügigen Freiflä-

chen und Sportangeboten besondere Bedeutung. Ahmed weiter: „Im Sommer trifft sich hier halb Nürnberg, zum Schwimmen, Volleyball Spielen oder einfach nur im Schatten im Grünen zu entspannen. Die Gelder aus Berlin sichern uns diesen Ort auch auf Dauer.“

„Vereinseigene Schwimmbäder leisten einen wichtigen Beitrag in der Nürnberger Schwimmbadlandschaft. Gerade diese Vereine haben einen großen Investitions- und Sanierungsbedarf. Um diese Angebote dauerhaft am Laufen zu halten, benötigen sie auch Fördermittel“, erklärt Ahmed.

Weitere Informationen:
Dr. Nasser Ahmed;
spd@stadt.nuernberg.de



Weitere Planungen für die Stadt-Umland-Bahn

Die Stadt-Umland-Bahn ist eine der wichtigsten ÖPNV-Infrastrukturprojekte der Metropolregion. Zukünftig wird sie Nürnberg mit Erlangen und Herzogenaurach verbinden und damit auch die Hochschulstandorte. Außerdem entsteht damit für Berufspendler*innen sowie für Kultur- und Freizeitverkehre eine neue attraktive Verbindung, die zum Umsteigen einlädt.

Die Stadt Nürnberg hat sich, ausgehend vom heutigen Endpunkt „Am Wegfeld“, für eine Führung entlang der Bundesstraße 4 entschieden und ist dabei, die Trassenplanung in diesem Korridor zu konkretisieren. Die Planungen in Erlangen und Herzogenaurach führen dagegen durch die Stadtzentren und betreffen zahlreiche sensible Bereiche mit hohem Prüfungs- und Abstimmungsbedarf. Es ist daher zu befürchten, dass sich die Realisierung der gesamten Maßnahme weiter

nach hinten schieben könnte. Die SPD-Stadtratsfraktion macht sich desweg für eine leichte Kurskorrektur stark und lässt die Verwaltung prüfen, ob es möglich wäre, in einem ersten Bauabschnitt die Trasse in Nürnberg bis zur Stadtgrenze als Vor- bzw. eigenständige Maßnahme bereits vorab zu realisieren. Vielfältige Auswirkungen einer solchen Maßnahme, wie etwa rechtliche Hürden bei Fördermitteln oder auch auf das Bussystem im Nürnberger Norden, sind dabei zu beachten. Im Blick soll dabei stets die große, partnerschaftliche Lösung mit den Städten Erlangen und Herzogenaurach bleiben, um den Pendler*innen eine bestmögliche Alternative zum Individualverkehr zu bieten.

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
spd@stadt.nuernberg.de



Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Arabackyj fragt sich: Wo ist eigentlich das Bier von hier?

Eine lebenswerte Stadt wie Nürnberg braucht auch ein attraktives Freizeit- und Nachtleben. Dass in den traditionsreichen MarienTorzwinger bald wieder Leben einkehren soll, begrüßt die SPD-Fraktion deswegen ausdrücklich.

Wie schwierig das Gastronomie-Geschäft sein kann, wie hoch die persönlichen Risiken sind, hat uns spätestens die Coronapandemie gezeigt. „Ich freue mich deswegen immer wieder, wenn Menschen den Schritt hin zu einem eigenen, oder gar einem weiteren Lokal machen. Sie bereichern damit unser aller Freizeitleben“, meint SPD-Stadträtin Claudia Arabackyj.

„Was ich jedoch nicht verstehen kann, ist der Ausschank von oberbayerischem Bier in Nürnberg – da wünsche ich mir mehr Lokalpatriotismus“, ergänzt die Ur-Nürnbergerin Arabackyj. Im Stadtgebiet Nürnberg zählt man aktuell 18 aktive Brauereien. Darunter sind bekannte Namen, aber auch kleinere Betriebe. „Wer die Auswahl aus 18 lokalen Brauereien hat, der braucht nun wirklich kein Münchner Bier. Warum setzen unsere Wirte nicht auf die regionalen Namen? Das sichert das Fortbestehen unserer Brau-Tradition, hält Jobs hier in Nürnberg und sorgt auch für ein Stück Identität.“

Auch im Privatleben hört der Lokalpatriotismus für Arabackyj nicht auf: „Kaufen Sie doch anstelle des Beckenbauer-Biers mal



ein echtes Nürnberger Seidla im Getränkemarkt um die Ecke! Wir vergessen durch die Massenware sehr schnell, wie viel Tradition und Handwerkskunst es für ein gutes Bier braucht. In München schenkt man sicher auch kein Nürnberger Bier aus. Wobei sie es

nach einer Bierprobe in Nürnberg sicher machen würden.“

Weitere Informationen:
Claudia Arabackyj;
spd@stadt.nuernberg.de



Impressum

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Verantwortlich:
Thorsten Brehm

Redaktion:
Thorsten Brehm, Tim Koß

Grafische Gestaltung:
Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

SPD-Stadtratsfraktion für Standort in Nürnberg: Zentrale der neuen Siemens Großantriebssparte soll in Nürnberg bleiben!



Die Stadt Nürnberg und den Siemens Konzern verbindet eine beispielhafte industrielle Erfolgsgeschichte. Aufgrund der massiven Umbrüche in der Branche und der Anpassung des Siemens-Konzerns an die neuen Herausforderungen, wurde Anfang des Jahres jedoch der Umzug des Standorts Nürnberg-Moorenbrunn auf den neuen Siemens-Campus in Erlangen beschlossen. Das bedeutet einen Aderlass für den Industriestandort Nürnberg.

Derzeit bereitet der Konzern die Neugründung der Siemens Großantriebssparte vor,

welche ihre Zentrale in Deutschland haben wird. SPD-Stadtrat Harald Dix sieht Nürnberg als idealen Standort für die neue Zentrale der Sparte: „Einen Großteil der Mitarbeiter und des Geschäftes der neuen Sparte wird die aktuelle Großmotorensparte LDA mit Sitz in Nürnberg in der Vogelweiherstraße stellen. Der Teppich ist quasi schon ausgerollt. Die neue Zentrale an der Noris anzusiedeln, wäre nur konsequent.“ Die stv. Fraktionsvorsitzende, Claudia Arabackyj, verweist auf die lange Industrie-Tradition des Nürnberger Südens:

„Weit über die Stadtgrenzen hinaus ist der Nürnberger Süden als Herzkammer der nordbayerischen Industrie bekannt. Ich bin mir sicher, dass auch Siemens diese Tradition wahrt und die immensen Vorteile des Standorts erkennt.“

Die SPD-Stadtratsfraktion fordert jüngst Oberbürgermeister König und Wirtschaftsreferent Dr. Fraas in einem Antrag auf, sich für eine Ansiedlung der neuen Spartenzentrale in Nürnberg stark zu machen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Ulrich Blaschke, ergänzt: „Wir müssen den Verbleib der vielen Siemens-Arbeitsplätze in Nürnberg auch langfristig sichern. Das geht nur über eine Weiterentwicklung der Standorte und die Ansiedlung neuer Sparten und Technologiezweige. Es wäre im gemeinsamen Interesse, wenn sich OB König und Dr. Fraas dafür beim Siemens-Konzern einsetzen.“



Weitere Informationen:
Claudia Arabackyj;
Uli Blaschke;
Harald Dix;
spd@stadt.nuernberg.de



Die SPD Fraktion zu Besuch bei den Nürnberger Nachrichten

Die SPD Fraktion besuchte Ende Januar die Redaktion der Nürnberger Nachrichten. Im Gespräch mit Chefredakteur Michael Husarek und Lokalchefin Franziska Holzschuh wurde klar, dass die Zeitungslandschaft sich in den letzten Jahren radikal gewandelt hat. Die klassische gedruckte Zeitung wird auch künftig noch relevant sein. Jedoch gewinnen auch andere Formate wie das E-Paper, Podcasts und zielgruppenspezifische Inhalte immer mehr an Bedeutung. Danke für den spannenden Austausch!